

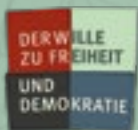


Bayerische
Schlösserverwaltung



Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungsarbeit

GLOSSAR ZUR AUSSTELLUNG



DER VERFASSUNGSKONVENT
VON HERRENCHIEMSEE 1948

GLOSSAR

ZUR AUSSTELLUNG

*Der Wille zu Freiheit und Demokratie.
Der Verfassungskonvent von
Herrenchiemsee 1948*

Impressum

- Herausgeber: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und
Seen
- Texte: Monika Franz, Markus Baar;
Dr. Uta Piereth, Dr. Manuela Rienks, Dr. Katharina Martini
- Übersetzung: Melanie Newton
- Satz: Mumbeck – Agentur für Werbung GmbH, Wuppertal
- Druck: Blueprint AG, München

Ausführliche Informationen zu vielen der hier aufgeführten
Begriffen finden Sie unter: www.staatslexikon-online.de

INHALT

	Impressum	2
A	Alliierte und Kalter Krieg	4
	<i>The Allies and the Cold War</i>	5
B	Besatzungsstatut	6
	<i>Occupation Statute</i>	7
D	Demokratie als Aushandlungsprozess	8
	<i>democracy as a negotiation process</i>	9
	Demokratie	10
	<i>Democracy</i>	11
E	Entnazifizierung	12
	<i>denazification</i>	13
F	Föderalismus	14
	<i>Federalism</i>	15
K	Konstruktives Misstrauensvotum	16
	<i>Constructive Vote of no Confidence</i>	17
G	Grund- und Menschenrechte	18
	<i>Basic rights and Human rights</i>	19
M	Monarchie vs. Republik	20
	<i>Monarchy vs. Republic</i>	21
P	Parlament und Wahlen	22
	<i>Parliament and Elections</i>	23
R	Rechtsstaat	24
	<i>A state based on the rule of law</i>	25
V	Verfassung und Grundgesetz	26
	<i>constitution and Basic Law</i>	27
W	Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft	28
	<i>Currency reform and Social market economy</i>	29
	Wehrhafte Demokratie	30
	<i>fortified Democracy</i>	31

ALLIIERTE UND KALTER KRIEG

Der Begriff „**Alliierte**“ bedeutet allgemein „Verbündete“, „Bundesgenossen“. Meist werden damit die Mächte bezeichnet, die sich im Zweiten Weltkrieg gegen das nationalsozialistische Deutschland sowie Japan und Italien verbündeten: die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion. Nach dem Krieg werden diese zu „Siegermächten“ und mit der Übernahme der Regierungsgewalt in den vier Besatzungszonen und Berliner Sektoren zu „Besatzungsmächten“. Kamen die Alliierten bei der Potsdamer Konferenz im August 1945 noch zu gemeinsamen Beschlüssen, traten sie schnell in eine neue, konfrontative Phase ein, den „**Kalten Krieg**“.

Von nun an standen sich demokratisch-marktwirtschaftliche Staaten im Einflussbereich der USA, darunter auch Großbritannien und Frankreich, und kommunistisch-planwirtschaftliche Staaten unter Führung der Sowjetunion gegenüber. Bis zum Zerfall der Sowjetunion 1991 war dieser sog. „Ost-West-Konflikt“ geprägt von Stellvertreterkriegen, einem Wettrüsten der beiden Mächte und der ständigen Bedrohung durch einen möglichen Atomkrieg. Einen ersten Höhepunkt des Kalten Kriegs stellte die sog. „Berlin-Blockade“ 1948/49 dar: Nach der Einführung der D-Mark in den Westsektoren Berlins schränkten die Sowjetischen Besatzungsbehörden die Stromversorgung West-Berlins drastisch ein und riegelten die die Zufahrtswege in die Stadt zu Land und zu Wasser ab. Fast ein Jahr lang wurde daraufhin die Bevölkerung West-Berlins mit Flugzeugen über die sog. „Luftbrücke“ mit Lebensmitteln, Kohle und Maschinen versorgt. Von nun an wurden die westlichen Alliierten nicht mehr als Besatzungsmächte, sondern als „Schutzmächte“ wahrgenommen.

THE ALLIES AND THE COLD WAR

The **Allies** were the powers that joined forces to fight against Nazi Germany as well as Japan and Italy in World War II. These were the United States, Great Britain, France, and the Soviet Union. Directly after the war they were known as the “victorious powers”, and later, after assuming the authority to govern in the four occupied zones and the four sectors of Berlin, as the “occupying powers”. While the Allies had still been able to reach agreement at the Potsdam Conference in August 1945, once the war was over they rapidly entered a new, confrontational phase: the “**Cold War**”.

From then on democratic states with market economies in the US sphere of influence, like Great Britain and France, stood in opposition to communist states with planned economies under the leadership of the Soviet Union. Until the dissolution of the Soviet Union in 1991, this so-called “East-West conflict” was characterized by proxy wars, an arms race between the United States and the Soviet Union, and the constant threat of nuclear war. The first crisis of the Cold War was the “*Berlin-Blockade*” in 1948/49. After the Deutschmark was introduced as the currency in the Western sectors of Berlin, the Soviet occupying authorities drastically curtailed the electricity supply to West Berlin and blocked off land and water routes into the city. For almost a year the Western Allies supplied the population of West Berlin with food, coal, and machinery via an airlift. From then on the Allies were no longer regarded as occupying powers but as “protective powers.”

B **BESATZUNGSSTATUT**

Ein Besatzungsstatut regelt die Beziehungen zwischen einer Besatzungsmacht und dem von ihr besetzten Staat. Zur Zeit des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee war Deutschland von den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs besetzt. Die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion hatten das Land in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Sie kontrollierten sämtliche Vorgänge in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Im Juli 1948 erteilten die westlichen Besatzungsmächte den Deutschen die Aufgabe, eine neue (westdeutsche) Verfassung auszuarbeiten. Dass ein Land ohne Souveränität sich eine eigene Verfassung geben sollte, stellte für viele Zeitgenossen einen Widerspruch dar, daher reklamierten Politiker wie Carlo Schmid eindringlich zumindest ein Besatzungsstatut als rechtliche Grundlage für den neuen westdeutschen Staat.

Im April 1949 wurde die endgültige Fassung des Besatzungsstatuts durch die westlichen Alliierten beschlossen, im Mai 1949 das Grundgesetz verabschiedet und am 21. September 1949 das Besatzungsstatut in Kraft gesetzt, einen Tag nach Wahl der ersten Bundesregierung. Damit lag die oberste Gewalt bei den Alliierten, aber die gesetzgebende, ausführende und rechtsprechende Gewalt hatten die Bundesrepublik und ihre Länder inne. Die Alliierten behielten ihre Hoheitsrechte u.a. auf den Gebieten Außenpolitik, Entmilitarisierung, Wiedergutmachung, Aufnahme von Flüchtlingen und die Kontrolle über die Ruhr. Alle Verfassungsänderungen und Gesetze blieben dem Einspruchsrecht der Besatzungsmächte unterworfen. Das Land blieb weiter militärisch besetzt, damit die Alliierten notfalls die politische Gewalt wieder ganz übernehmen konnten. Mit den Pariser Verträgen 1954/55 wurde das Besatzungsstatut aufgehoben.

OCCUPATION STATUTE

An occupation statute regulates relations between an occupying power and the state it occupies. At the time when the Constitutional Convention took place on Herrenchiemsee Germany was occupied by the four powers that had defeated it in World War II: the United States, Great Britain, France, and the Soviet Union. They had divided Germany into four zones of occupation and controlled all political, economic, and social processes. In July 1948 the Western occupying powers instructed Germany to draw up a new (West German) constitution. At the time many people regarded the idea of a non-sovereign country adopting its own constitution as a contradiction. Therefore politicians such as Carlo Schmid urged that an occupation statute be drawn up as a minimum legal basis for the new West German state.

The final version of the Occupation Statute was approved by the Western Allies in April 1949. The Basic Law was adopted a month later, and the Occupation Statute came into force on 21 September, one day after the election of West Germany's first federal government. While this statute conferred supreme authority on the Allies, the Federal Republic of Germany was able to form its own legislature, executive, and judiciary. The Allies retained sovereignty over foreign policy, demilitarization, reparations, and the reception of refugees, as well as control over the Ruhr. They also had a right of veto over all constitutional changes and laws. The country remained under military occupation, allowing the Allies to reassume complete political control if necessary. The Occupation Statute was revoked by the Paris Treaties of 1954/55.

D DEMOKRATIE ALS AUSHANDLUNGSPROZESS

Wie das Grundgesetz mit seiner besonderen Betonung der Menschenwürde und der Grundrechte festlegt, genießen Individuen in der Demokratie einen besonderen Schutz. In einer pluralen Demokratie besteht zweifellos ein hohes Maß an Individualismus, die Existenz vielfältiger Meinungen und Interessen ist wesentlicher Bestandteil einer vielfältigen, lebendigen Gesellschaft. Ein demokratischer Staat begrüßt den Pluralismus (lat. plus = dt. mehr) von Überzeugungen, fördert Toleranz und schützt aktiv Minderheiten. Interessenverbänden und Parteien kommt die wichtige Aufgabe zu, die breit gefächerten Vorstellungen zu bündeln und zu vertreten. Wichtig ist dabei, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in den Prozess der politischen Willensbildung, zum Beispiel durch Wahlen, eingebunden werden. Damit die Diskussionen zwischen den einzelnen Gruppen, die miteinander in Konkurrenz treten, geordnet ablaufen, müssen diese die u.a. im Grundgesetz festgelegten Prinzipien für das Aushandeln eines politischen Beschlusses, beispielsweise das Mehrheitsprinzip, akzeptieren. Am Ende eines Aushandlungsprozesses steht oftmals ein Kompromiss, aus dem sich als Ergebnis idealerweise das Gemeinwohl ergibt. Kritiker verweisen dagegen auf die Problematik der starken Einflussnahme von großen gegenüber kleineren Interessengruppen.

DEMOCRACY AS A NEGOTIATION PROCESS

Just as the Basic Law accords special emphasis to human dignity and basic rights, so individuals in a democracy enjoy special protection. In a pluralist democracy there is undoubtedly a high degree of individualism. Indeed, a variety of opinions and interests are a fundamental component of a diverse and vibrant society. A democratic state welcomes pluralist convictions, promotes tolerance, and actively protects minorities. Interest groups and political parties have the important task of channelling and representing these broad-ranging ideas. Yet it is also important for as many citizens as possible to be involved in shaping politics, for example through elections. To ensure that discussions between the various competing groups are conducted in an orderly fashion, they must all accept the principles for negotiating a political resolution enshrined in the Basic Law, such as the majority principle. The negotiation process often concludes with a compromise that ideally results in the common good. Critics cite the problem of larger interest groups gaining more influence than smaller ones.

D DEMOKRATIE

Der Begriff „Demokratie“ stammt aus dem Griechischen und bedeutet „Herrschaft des Volkes“.

Bei der Bundesrepublik Deutschland handelt es sich um eine repräsentative Demokratie. Hier überträgt das Volk seine Macht in regelmäßig und nach gesetzlichen Regelungen stattfindenden Wahlen Vertreterinnen und Vertretern auf Zeit. Diese treffen stellvertretend für das Volk Entscheidungen durch mehrheitlich gefasste Beschlüsse und wählen weitere staatliche Organe, die somit indirekt vom Volk das Vertrauen erhalten.

Demokratische Systeme zeichnen sich dadurch aus, dass Menschen- und Grundrechte geachtet werden und die Menschen in Freiheit leben können. Diese Rechte können vor unabhängigen Gerichten, etwa dem Bundesverfassungsgericht, eingeklagt werden. In Demokratien werden die drei zentralen Staatsaufgaben, die Gesetzgebung (Legislative), die Ausführung der Gesetze (Exekutive) und die Rechtsprechung (Judikative), auf unabhängige Organe aufgeteilt, die sich gegenseitig kontrollieren. Diese Kontrollfunktion wird in einem demokratischen System auch von unabhängigen Medien ausgeübt.

DEMOCRACY

The word “democracy” comes from the Greek and means “rule by the people.” The Federal Republic of Germany is a representative democracy, which means that the people transfer their power to representatives for a limited period of time via regular statutory elections. The elected representatives take decisions on behalf of the people through majority resolutions and also elect other state organs, which thus indirectly likewise enjoy the people’s trust.

Democracies are systems in which human and basic rights are respected and people live in freedom. These rights can be asserted before independent courts, such as the Federal Constitutional Court. In a democracy the three central state functions are held by three separate organs that monitor one another: the legislature (the body that makes laws), the executive (the body that implements laws), and the judiciary (the body that holds jurisdiction over laws). This control function—also known as a system of checks and balances—is also exerted by the media.

E ENTNAZIFIZIERUNG

Unter „Entnazifizierung“ können alle Maßnahmen der alliierten Besatzungsmächte verstanden werden, die nach dem Zweiten Weltkrieg darauf abzielten, die nationalsozialistische Ideologie in Deutschland möglichst vollständig zu eliminieren. Neben der Entfernung aller NS-Strukturen und -Symbole in Staat, Gesellschaft und der Öffentlichkeit ging es dabei vor allem auch darum, nationalsozialistische Einstellungen im Denken der Bevölkerung einzudämmen.

Zentrale Maßnahmen waren das Verbot der nationalsozialistischen Partei und ihrer zahlreichen Unterorganisationen sowie die Ausschaltung von NS-Akteuren in der gesamten Gesellschaft. Die Alliierten verfügten in unterschiedlicher Intensität Internierungen von NS-Akteuren, erließen Berufsverbote und Entlassungen. Gegen die Haupttäter wurde eine Reihe von Kriegsverbrecherprozessen geführt, bei denen Funktionäre des nationalsozialistischen Regimes angeklagt und verurteilt wurden, die bekanntesten waren die „Nürnberger Prozesse“. Weniger prominente Parteimitglieder wurden in Spruchkammerverfahren beurteilt und in verschiedene Belastungskategorien eingestuft. Danach richteten sich etwaige Sühnemaßnahmen. In der Sowjetischen Besatzungszone, aus der 1949 die DDR entstand, wurde die Entnazifizierung bereits 1948 für beendet erklärt. Die Bundesrepublik Deutschland hat 1949 mit ihrer Gründung die Verantwortung für die Entnazifizierung auf ihrem Staatsgebiet übernommen und diese mit dem „Entnazifizierungsschlussgesetz“ im Mai 1951 beendet. Im Nachgang wurde die Entnazifizierung oft als „Misserfolg“ beurteilt, weil sich viele Deutsche einer echten Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit entzogen haben.

DENAZIFICATION

“Denazification” is the term used to describe all the measures taken by the Allied occupying powers after World War II to eliminate Nazi ideology from Germany. Alongside the removal of Nazi structures and symbols from the state apparatus, society, and public life it sought primarily to curb Nazi sentiments among the population.

Central measures included a ban on the Nazi Party and its many sub-organizations and the removal of Nazis from all spheres of society. With varying degrees of intensity the Allies ordered the internment of Nazi actors, banned them from practicing their professions, and deprived them of their posts. A series of trials for war crimes, in which functionaries of the Nazi regime were charged and sentenced, were staged against the main perpetrators. The most famous of these were the “Nuremberg trials”. Less prominent members of the Nazi party were judged by denazification tribunals. They were classified in various categories of guilt and sanctions were imposed accordingly. In the Soviet zone of occupation, where the German Democratic Republic (GDR) was founded in 1949, the denazification process was declared finished in 1948. After the Federal Republic of Germany was founded in 1949 it took over responsibility for denazification on its state territory. In May 1951 a law was passed by the Bundestag officially ending denazification. Subsequently the denazification process was often condemned as a failure, because many Germans had still managed to avoid genuinely confronting their past.

F FÖDERALISMUS

Mit dem Begriff „Föderalismus“ wird eine staatliche Organisationsform beschrieben, bei der es – im Gegensatz zu rein einheitsstaatlich aufgebauten Staaten – neben dem Zentralstaat auch eigenständige Gliedstaaten („Länder“) gibt. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist die Bundesstaatlichkeit in Art. 20 als Kernprinzip festgelegt.

In der Bundesrepublik ist das Verhältnis zwischen Bund und Ländern stark verschränkt. Es gibt eigenständige Rechtsbereiche der Länder, beispielsweise der Bildungs- und Kulturbereich (sog. „Kulturhoheit“ der Länder); für andere ist allein der Bund verantwortlich, wie etwa die Landesverteidigung oder die Währungspolitik. In vielen weiteren Rechts- und Politikbereichen wirken beide Ebene eng zusammen, wie z.B. in der Haushaltspolitik.

Im politischen System der Bundesrepublik drückt sich die starke Stellung der Länder auf Bundesebene u.a. dadurch aus, dass der Bundesrat, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierungen zusammensetzt, neben dem Bundestag als gesamtdeutsches Parlament eine wesentliche Rolle bei vielen Gesetzesmaterien innehat.

Föderalismus wird in der oberflächlichen Betrachtung häufig schnell als „kompliziert“ kritisiert. Befürworter des Föderalismus argumentieren hingegen damit, dass Föderalismus ein Mehr an demokratischen Wahl- und Partizipationsmöglichkeiten und an Effizienz und Bürgernähe bedeutet. Das Hauptargument für Föderalismus nach dem Zweiten Weltkrieg, das sowohl der Verfassungskonvent wie auch der Parlamentarische Rat aufnahmen, ist, dass Föderalismus durch die Verteilung der Macht auf mehrere „Schultern“ einen bedeutenden Schutz gegen Diktatur und Gewaltherrschaft bietet.

FEDERALISM

The term “federalism” refers to a form of state organization that has a number of independent constituent entities (federal states, or *Länder* in German) alongside the central state (unlike a state with an exclusively centralized structure). Article 20 of Germany’s Basic Law stipulates the federal structure as a central principle.

In Germany federal and state powers are closely integrated. In some areas the federal states have their own jurisdiction, for example in education and culture (referred to as “cultural sovereignty”). By contrast, the federal level carries sole responsibility for defense and currency policy, for example. In many other legislative and policy areas the two levels work closely together, for example on budgetary issues.

The strong position of the federal states in Germany’s political system is reflected in the role of the Bundesrat as a kind of second national parliament composed of representatives of the governments of the federal states. As such it has an important role to play in many legislative matters.

Federalism is often superficially criticized as “too complicated.” Advocates of federalism argue, on the other hand, that it offers opportunities for more democratic elections and participation as well as being more efficient and closer to the grassroots. The main argument in favor of federalism after World War II—an argument accepted by both the Constitutional Convention and the Parliamentary Council—was that the division of power constituted an important instrument to protect the country against dictatorship and tyranny.

K KONSTRUKTIVES MISSTRAUENSVOTUM

Das sog. „Konstruktive Misstrauensvotum“ ist eine in Art. 67 GG festgelegte Möglichkeit des Kanzlerwechsels. Spricht der Bundestag in einer Abstimmung dem Bundeskanzler oder der Bundeskanzlerin das Misstrauen aus, muss er im gleichen Zug einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin wählen. Auf diese Weise wird ein Vakuum im wichtigsten exekutiven Amt des Staats vermieden.

In der Weimarer Republik (1919–1933) kam es aufgrund des später sog. destruktiven oder einfachen Misstrauensvotums (Art. 54 WRV) wiederholt zum Sturz des Reichskanzlers, ohne dass gleich ein Nachfolger die Politik weiterführen konnte. Knappe und wechselnde Mehrheiten hatten etwa dazu geführt, dass allein zwischen 1928 und 1933 fünfmal Reichstagswahlen stattfanden. Bis zur Wahl eines neuen Kanzlers konnte der Reichspräsident mittels Notverordnungen, also ohne Mitsprache des Parlaments, regieren. Im Entwurf des Verfassungskonvents, der über dieses Problem ausführlich diskutiert hatte, wurde das neue Instrument des Konstruktiven Misstrauensvotums erstmals formuliert. Es kam bisher einmal in der Geschichte der Bundesrepublik zur Anwendung des Konstruktiven Misstrauensvotums. 1982 wurde Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) das Misstrauen ausgesprochen, Helmut Kohl (CDU) folgte ihm im Amt nach.

CONSTRUCTIVE VOTE OF NO CONFIDENCE

The mechanism known as a constructive vote of no confidence is enshrined in Article 67 of the Basic Law. It stipulates that if the Bundestag withdraws its support for a federal chancellor through a vote of no confidence, it must at the same time elect a successor. This provision is designed to avoid creating a power vacuum in the state's most important executive office.

In the Weimar Republic (1919–1933) the Reich chancellor was brought down several times by what later become known as a destructive or simple vote of no confidence without a successor being appointed to lead the political process. (This was provided for by Article 54 of the Weimar Republic constitution.) Small and shifting majorities created a situation whereby the Reichstag was newly elected five times between 1928 and 1933 alone. Until a new chancellor was elected the Reich president had the power to govern via emergency decree without reference to parliament.

The new instrument of a constructive vote of no confidence was first formulated in the draft constitution drawn up by the Constitutional Convention, which had discussed this problem at some length.

The constructive vote of no confidence has only been used once in the history of the Federal Republic, namely, in 1982 when the Bundestag withdrew its confidence in Chancellor Helmut Schmidt (SPD) and he was succeeded in office by Helmut Kohl (CDU).

G GRUND- UND MENSCHENRECHTE

Menschenrechte sind Rechte, die alle Menschen überall von Natur aus haben. Sie sind unveräußerlich, können also nicht freiwillig abgetreten werden, und unteilbar, bedingen sich demzufolge gegenseitig. Eines dieser Rechte ist die Religionsfreiheit, das heißt, dass jeder Mensch sich frei für eine Religion entscheiden kann. Die Vereinten Nationen haben die Menschenrechte für alle Menschen auf der Welt 1948 für gültig erklärt.

Die Menschenrechte gelten für das Zusammenleben der Menschen in einer Gemeinschaft, meistens einem Staat. Im Zusammenhang mit Staaten spricht man auch von **Grundrechten**. In den Verfassungen von Staaten tauchen die Grundrechte erstmals im 18. Jahrhundert auf. Sie sind aber auch schon um ca. 2000 v. Chr. in einzelnen verbrieften Rechten nachweisbar und ziehen sich durch die Geschichte der Menschheit. In Deutschland sind die Grundrechte im ersten Teil der Verfassung enthalten und gelten bindend auch für alle staatlichen Einrichtungen.

BASIC RIGHTS AND HUMAN RIGHTS

Human rights are natural rights that all human beings have wherever they are. They are inalienable, so they cannot be voluntarily relinquished, and inseparable, meaning that each right is conditioned by the others. One of these rights is freedom of religion, which allows a person to choose their religion freely. In 1948 the United Nations issued a Declaration of Human Rights stating that these rights were universal and applied to every human being on the planet.

Human rights also apply to the coexistence of people in a community, usually a state, and in this context are sometimes termed **basic rights**. These were first enshrined in a number of state constitutions in the eighteenth century, but declarations of certain rights are also documented as far back as 2000 BC and have been a constant theme through the history of humanity. In Germany basic rights are enshrined in the first section of the constitution and are legally binding for all state institutions.

M MONARCHIE VS. REPUBLIK

„Monarchie“ und „Republik“ bezeichnen zwei gegensätzliche Staatsformen: Der Begriff „**Monarchie**“ kommt aus dem Griechischen und bedeutet „Alleinherrschaft“. Zumeist meint man damit die Königsherrschaft, die unterschiedliche Ausprägungen hat: Während ein absoluter Monarch die Staatsgewalt unkontrolliert ausüben kann (wie etwa Ludwig XIV. in Frankreich im 17. Jahrhundert), bestehen auch Monarchien, wo der Regent oder die Regentin nur repräsentative Funktionen wahrnimmt und die eigentliche Herrschaft vom Volk ausgeht (z.B. das schwedische Königshaus). Weitere Unterscheidungskriterien sind die Gebundenheit der Monarchie an eine staatliche Verfassung (konstitutionelle M.) und die Art der Weitergabe der Macht, durch Vererbung oder durch Wahlen.

„**Republik**“ leitet sich aus dem lateinischen Begriff *res publica* („öffentliche Sache“) ab und bedeutet, dass der Staat als ein Gemeinwesen verstanden wird, bei dem die Regierung von allen, die als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gelten, ausgeübt wird, also auf das Volk als Souverän aufgebaut ist. In einer Republik wird die Macht in der Regel nur auf Zeit vergeben und fußt auf einer Verfassung, während Monarchen in der Regel zeitlebens herrschen. Die Politik einer Republik ist auf das Gemeinwohl und möglichst große Partizipationschancen ausgerichtet.

MONARCHY VS. REPUBLIC

A monarchy and a republic are two opposite forms of state.

The word “**monarchy**” comes from the Greek and means “rule by one person.” In most cases that person is a king or queen, but a monarchy can take a number of different forms. Whereas an absolute monarch (such as Louis XIV in seventeenth-century France) holds unconditional state power, there are other monarchies where the regent has a merely representative function, and rule actually stems from the people (the Swedish royal family, for example). Further distinctions concern whether the monarchy is bound by a state constitution (constitutional monarchy) and whether power is hereditary or conferred by election.

The word “**republic**” comes from the Latin *res publica* (“public matter”), meaning that the state is regarded as a body politic governed by all citizens and is hence based on a sovereign people. In a republic power is usually granted only for a limited period of time and is based on a constitution, whereas a monarch is normally a life-long ruler. Policy in a republic is oriented toward the common good and toward providing the greatest possible opportunities for participation.

P PARLAMENT UND WAHLEN

Der Begriff „**Parlament**“ (aus dem Altfranzösischen *parlement* = dt. Unterredung) bezeichnet die Volksvertretung in einem demokratischen System. In einer repräsentativen Demokratie wie der Bundesrepublik gestalten Vertreterinnen und Vertreter des Volkes die Politik. Sie erhalten durch **Wahlen** ihr Mandat, also einen „Sitz“ im Parlament, etwa im Bundestag in Berlin. Auch die Länder haben Parlamente, die „Landtage“. Von den Parlamenten als „Herzkammer“ der Demokratie werden Gesetze besprochen und beschlossen, sie verkörpern die gesetzgebende Gewalt („Legislative“). In einer parlamentarischen Demokratie wählt die Mehrheit der Abgeordneten das Regierungsoberhaupt, die Bundeskanzlerin oder den Bundeskanzler. Das Parlament hat zudem die Aufgabe, die Regierung – die ausführende Gewalt („Exekutive“) – zu kontrollieren. Der Opposition, also den Fraktionen im Parlament, die nicht die Regierung bilden, kommt hier eine entscheidende Funktion zu.

Die Parlamente selbst werden wiederum von anderen demokratischen Institutionen kontrolliert, von der rechtsprechenden Gewalt („Judikative“), aber auch von den Medien – und natürlich von der Bevölkerung, denn Wahlen finden regelmäßig statt. Die Wahl der Repräsentantinnen und Repräsentanten auf Zeit ist ein wesentliches Merkmal der Demokratie, damit Bürgerinnen und Bürgern fortlaufend am politischen Prozess teilnehmen und mit ihren Meinungen vertreten sein können.

PARLIAMENT AND ELECTIONS

The body representing the people in a democratic system is called a **parliament** (from the old French word *parlement* = talking, engaging in conversation). In a representative democracy like Germany's representatives of the people shape policy. They receive their mandate—i.e. a seat in a parliament, such as the Bundestag in Berlin—through **elections**. Germany's federal states also have parliaments, called *Landtage*. A parliament is the central legislative organ in a democracy and is responsible for debating and passing laws. In a parliamentary democracy the head of government is elected by a majority of members of parliament. In Germany the head of the federal government is called the chancellor. The parliament also has the task of monitoring the government or executive. Here the opposition, i.e., those parliamentary groups that do not form the government, have a key role to play.

A parliament is, in turn, monitored by other democratic institutions, in the first place by the “judiciary”, but also by the media, and of course regularly by the electorate. The election of representatives for a limited period of time is a fundamental feature of a democracy, allowing citizens to continuously take part in the political process and to advocate their opinions.

R RECHTSSTAAT

In einem Rechtsstaat müssen sich sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch der Staat an die geltenden Gesetze halten. Alle staatlichen Maßnahmen benötigen eine rechtliche Grundlage, von der ausgehend die rechtlichen Konsequenzen des eigenen Handelns, also beispielsweise die Dimension einer Strafe, vorhersehbar sind. Der Verwaltung, der Gesetzgebung und den Gerichten sind in ihrem Handeln klare Grenzen gesetzt, wodurch staatliche Willkürakte verhindert werden. Der Rechtsstaat räumt den Grundrechten der Person, allen voran der Menschenwürde, eine Vorrangstellung vor der staatlichen Ordnung ein, weshalb diese vom Staat zu schützen sind. Der Entzug von Freiheit beispielsweise muss demnach auf Basis der Gesetze begründet werden. Wird man in seinen Rechten verletzt, kann man die Rechtmäßigkeit des staatlichen Handelns von unabhängigen Gerichten überprüfen lassen und sein Recht durchsetzen. Zentrales Merkmal des Rechtsstaats ist die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz: Es gelten für alle dieselben Gesetze. Auch das Prinzip der Gewaltenteilung, wonach die gesetzgebende, die rechtsprechende und die ausführende Gewalt voneinander getrennt sind und sich gegenseitig kontrollieren, ist untrennbar mit dem Rechtsstaat verbunden. Die rechtsstaatliche Ordnung stellt eines der Strukturprinzipien der Bundesrepublik laut Artikel 20 des Grundgesetzes dar.

A STATE BASED ON THE RULE OF LAW

In a state based on the rule of law (*Rechtsstaat* in German) both the state and its citizens are obliged to obey the laws currently in force. All measures taken by the state require a legal foundation, which in turn means that the legal consequences of an action, such as the dimensions of a penalty that may be incurred, are predictable. Clear limits are imposed on the state administration, the legislature, and courts as a way of preventing arbitrary acts by the state. In a *Rechtsstaat* the basic rights of the individual, especially human dignity, are given priority over the state order, obliging the state to protect these rights. Deprivation of freedom must be legally justified, for example. If a person's individual rights are violated, then he or she is entitled to have the lawfulness of the state's action judged by an independent court and to assert those rights. A central feature of a *Rechtsstaat* is the equality of all citizens before the law. The principle of the separation of powers, according to which the legislature, the judiciary, and the executive are separate from and monitor one another, is an indispensable feature of a *Rechtsstaat*. Article 20 of the Basic Law stipulates the rule of law as one of the structural principles on which the Federal Republic of Germany is founded.

V VERFASSUNG UND GRUNDGESETZ

Die westlichen Besatzungsmächte erteilten den Deutschen am 1. Juli 1948 den Auftrag, eine **Verfassung** für ihr Staatswesen schaffen. Aus Sorge vor der Zementierung der deutschen Spaltung drängten die Ministerpräsidenten der elf westlichen Länder allerdings darauf, nur ein Verfassungsprovisorium zu schaffen, um die Tür für eine staatliche Vereinigung aller deutschen Länder offenzuhalten. Man einigte sich – durchaus mühsam – mit den Alliierten darauf, dass deswegen nur ein sog. „**Grundgesetz**“ für das neue staatliche Gebilde erarbeitet werden sollte.

Eine echte, dauerhafte Verfassung konnte nach Ansicht der deutschen Politiker (z.B. Carlo Schmid) erst dann angestrebt werden, wenn das ganze deutsche Volk seine volle Souveränität wieder erreicht hätte und eine endgültige Staatsgründung möglich würde.

Das Grundgesetz sollte bis dahin staatliche Leitlinien vorgeben. Den Übergangscharakter unterstrich man auch, indem man nicht eine staatsrechtlich eigentlich notwendige „Verfassunggebende Versammlung“, sondern nur einen „Parlamentarischen Rat“ mit Vertretern aus den Landtagen einberief.

CONSTITUTION AND BASIC LAW

On 1 July 1948 the Western occupying powers instructed the Germans to draw up a **constitution** for their new political system. Out of concern that such a constitution would implicitly recognize the division of Germany, the minister-presidents of the eleven western federal states urged that such a constitution be provisional in order to keep the door open for the reunification of all German states. In a laborious process they reached agreement with the Allies that for the interim they would only adopt a so-called “**Basic Law**” for the new state entity.

Many German politicians, such as Carlo Schmid, took the view that a permanent constitution could only be aspired to after the restoration of sovereignty for the entire German people at which point a German state could finally be founded.

Until such time the Basic Law was to set out guiding principles. The convocation of a “Parliamentary Council” rather than the “constitutional assembly” normally required to approve a constitution underlined the interim character of the Basic Law.

W WÄHRUNGSREFORM UND SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Unter einer **Währungsreform** versteht man die Einführung einer neuen Währung, die Änderung des Umtauschverhältnisses zur alten Währung oder neue Umrechnungskurse für Bargeld und Buchgeld. Währungsreformen sind komplexe Prozesse mit einschneidenden Folgen und können aus unterschiedlichen Gründen nötig werden. Neue Währungseinheiten werden z.B. bei der Gründung neuer nationaler oder supranationaler Strukturen geschaffen; mithin kann die Veränderung von Währungsräumen neue Währungsstrukturen notwendig machen. Auch finanzpolitische Überlegungen können zu Währungsreformen führen, wie etwa in überschießenden Inflationssituationen.

In den drei westlichen Besatzungszonen wurde am 20. Juni 1948 eine solche Währungsreform durchgeführt, bei der die D-Mark die Reichsmark und die Rentenmark ersetzte. Die sowjetische Besatzungszone reagierte darauf mit einer eigenen Währungsreform.

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland wird als „**Soziale Marktwirtschaft**“ bezeichnet. Sie geht auf den Ökonomen Alfred Müller-Armack zurück und beschreibt das in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführte Wirtschaftssystem, das einen Kompromiss zwischen den beiden Systemen der freien Marktwirtschaft und der staatlichen Planwirtschaft darstellt. Der Markt sollte nach dieser Idee so gesteuert werden, dass auf der einen Seite wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerb möglich sind, gleichzeitig aber auch ein sozialer Ausgleich für benachteiligte Gruppen stattfindet. Sie ist heute noch die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich und der Schweiz.

CURRENCY REFORM AND SOCIAL MARKET ECONOMY

A **currency reform** involves either the introduction of a new currency or a change in the conversion ratio vis-à-vis the old currency, or else the setting of new exchange rates for cash and bank deposits. Currency reforms are complex processes with far-reaching effects and may become necessary for a variety of reasons. New currency units may be created to accompany the founding of a new national or supernational structure, for example, and sometimes changes in currency zones can make new currency structures necessary. Fiscal policy may also entail a currency reform, for example to tackle rampant inflation.

In the currency reform carried out in the three western zones of occupation on 20 June 1948 the Deutschmark replaced the Reichsmark and the Rentenmark. The Soviet zone responded with its own currency reform.

Germany's economic order is called a **social market economy**. The term was coined by the economist Alfred Müller-Armack and describes the economic system introduced in the Federal Republic of Germany after World War II as a compromise between a free market economy and a planned economy. In such a system the market is controlled so as to enable economic growth and competition but also to compensate socially disadvantaged groups. The economies of the Federal Republic of Germany, the Republic of Austria, and Switzerland are still based on this system today.

W WEHRHAFTHEIT DEMOKRATIE

Eine „wehrhafte“ oder auch „streitbare“ Demokratie kann sich gegen Angriffe auf ihr System und ihre Werte verteidigen. Diese Wehrhaftigkeit drückt sich durch eine gesamte Palette von Schutzmechanismen auf verschiedenen Ebenen aus. Als ein Instrument hierfür sieht das Grundgesetz das Parteienverbot vor. Demnach kann das Bundesverfassungsgericht nach Artikel 21 Parteien, die die freiheitlich demokratische Grundordnung beeinträchtigen oder beseitigen wollen, für verfassungswidrig erklären. Bislang wurden in der Geschichte der Bundesrepublik zwei Parteien verboten: die nationalsozialistisch orientierte Sozialistische Reichspartei (SRP) 1952 und die Kommunistische Partei (KPD) 1956. Auch Vereinigungen können verboten werden, sofern sie gegen die demokratische Ordnung verstoßen. Schließlich räumt das Grundgesetz der Staatsgewalt nach Artikel 18 die Möglichkeit ein, Verfassungsgegnern individuelle Grundrechte abzuerkennen, wovon bisher allerdings kein Gebrauch gemacht wurde. Die Beobachtung potenzieller verfassungsfeindlicher Personen, Vereinigungen oder Parteien übernehmen die Verfassungsschutzbehörden.

Zum dauerhaften Schutz der freiheitlich demokratischen Werte ist in Artikel 79, Abs. 3 des Grundgesetzes (sog. „Ewigkeitsklausel“) festgelegt, dass der Schutz der Menschenwürde und die in Artikel 20 formulierten Grundsätze der Verfassung – Demokratie, Föderalismus, Sozialstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit – nicht beseitigt werden dürfen.

Diese Schutzmechanismen der Verfassung sind als Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Republik aufzufassen. Feinden der Demokratie sollte es nicht erneut möglich sein, ihre Werte auszuhöhlen.

FORTIFIED DEMOCRACY

A “defensive” or “fortified” democracy is able to defend itself against attacks on its system and values. This defensive capability is expressed in a whole range of protective mechanisms at various levels. One instrument envisaged for this purpose by the Basic Law is the option of banning political parties. According to Article 21, the Federal Constitutional Court can declare any political party that seeks to undermine or abolish the free democratic basic order to be unconstitutional. To date two parties have been banned in the history of the Federal Republic: the Nazi-oriented Socialist Reich Party (SRP) in 1952 and the Communist Party (KPD) in 1956. Associations considered to violate the democratic order can likewise be banned. Finally, Article 18 of the Basic Law allows the state to deprive those who violate the constitution of their basic rights, although this provision has never been used in practice to date. The authorities charged with protecting the constitution monitor individuals, associations, and parties deemed hostile to the constitution.

With the aim of protecting free democratic values permanently Article 79, clause 3 of the Basic Law (the so-called “eternity clause”) stipulates that the protection of human dignity and the basic constitutional principles formulated in Article 20—democracy, federalism, the social state, and the state based on the rule of law—may never be revoked.

The enshrining of these protective mechanisms in the constitution should be understood as a response to the lessons learned from the failure of the Weimar Republic. It should no longer be possible for enemies of democracy to undermine its values.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Engschalkinger Str. 12, 81925 München
landeszentrale@blz.bayern.de
www.blz.bayern.de